

Schriftliche Anfrage betreffend Schutz vor Diskriminierung und Unterdrücksetzung von Lehrpersonen

24.5281.01

Im April dieses Jahres wurde bekannt, dass in Pfäffikon ZH ein Lehrer aufgrund des von ihm durchgeführten obligatorischen Sexualkundeunterrichtes und wegen seiner eigenen sexuellen Orientierung entlassen wurde. Diverser Medien ist zu entnehmen, dass sich konservative Eltern gegen den Unterricht gewehrt haben. Dieser Sexualkundeunterricht steht seitens fundamentalistischer Kreise immer wieder unter Beschuss. Mehrere regionale Lehrer:innenverbände sowie der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) kennen laut Medienberichten die Unterdrücksetzung von Lehrpersonen durch Eltern, speziell in Bezug auf Sexualkundeunterricht. Das zeigt zum einen, dass, um einen qualitativ hochwertigen Sexualkundeunterricht gemäss Lehrplan 21 sicherzustellen, der Sexualkundeunterricht professionalisiert und von externen Fachpersonen durchgeführt werden muss. In Basel-Stadt wurde betreffend Sexualkundeunterricht ein Vorstoss von Jessica Brandenburger eingereicht (23.5543), der zum jetzigen Zeitpunkt zur Stellungnahme bei der Regierung ist. Zudem wurde das Thema im Gleichstellungsplan 2024 – 2027 aufgenommen, der Ende Mai erschienen ist.

Der Fall in Pfäffikon ZH zeigt zum anderen auch auf, dass Lehrpersonen geschützt werden müssen vor Anfeindungen, Diskriminierungen und Vorurteilen. Das heisst, dass es neben dem Sexualkundeunterricht, der dazu beiträgt, Diskriminierung und Vorurteile in der Gesellschaft abzubauen, zusätzliche spezifische Massnahmen für ein offenes und inklusives Schulklima braucht. Sowohl Schüler:innen, wie auch Lehrpersonen müssen vor Diskriminierung und Vorurteilen geschützt werden. Im Weiteren zeigt der Vorfall exemplarisch auf, dass ein Weg gefunden werden sollte, dass auch Eltern erreicht und sensibilisiert werden können. Eltern kommen im Gleichstellungsplan beim Thema unbezahlte Care-Arbeit, bei der Kampagne «Elternglück?!» und in Bezug auf finanzielle Entlastung vor. Zu der Elternarbeit gibt es aber keine Massnahme im Thema Bildung und LGBTIQ+. Der Gleichstellungsplan ist ein hervorragendes Instrument, Gleichstellung und Chancengleichheit in vielen Bereichen voranzutreiben und es ist verständlich, dass die Regierung im ersten Gleichstellungsplan nicht in allen Bereichen Massnahmen vorantreiben kann. Dennoch wäre es erfreulich, die Regierung würde, neben den geplanten Massnahmen, zusätzlich ein besonderes Augenmerk auf Schutz vor Diskriminierung und Unterdrücksetzung von Lehrpersonen legen.

In diesem Zusammenhang bittet die Vorstoss-Stellerin den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie werden Lehrpersonen vor Diskriminierungen und Unterdrücksetzung im Allgemeinen und aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität im Speziellen geschützt? Welche Richtlinien bestehen dazu oder könnten hilfreich sein?
2. Wie können Eltern allgemein und spezifisch im Bereich LGBTIQ+ mit Informationen erreicht oder in Sensibilisierungsprozesse einbezogen werden? Gibt es Ideen und Ansätze seitens Verwaltung dazu?

Michela Seggiani